



Selbstabschreckung im Westen nutzt Putins Kriegszielen

Dr. Klaus Olshausen

August 2023

Zusammenfassung

Die deutsche Debatte um die Lieferung des Marschflugkörpers Taurus, nachdem Briten und Franzosen „Storm Shadow“ und „SCALP-EG“ bereitstellen, unterstreicht die Haltung der Bundesregierung, den militärischen Erfolg der Ukraine nur begrenzt und ggf. schrittweise zu unterstützen, weil die selbstabschreckende Sorge vor Putinscher Eskalation die Entschlossenheit begrenzt, mit umfangreicher Unterstützung Gegenangriffe der Ukraine zum Erfolg zu führen. Wer der Ukraine politisch quasi untersagt, mit weiterreichenden Waffen militärische Ziele dort anzugreifen, von wo sie angegriffen werden, behindert, ja verhindert einen möglichen militärischen Erfolg am Boden und in der Luft. Und man darf annehmen, dass Vertreter solcher Forderungen doch einer Einigung mit Russland anhängen, bei der die Ukraine nicht nur territoriale Verluste, sondern auch politische Beschränkungen ihrer Freiheit hinnehmen wird. *Honi soit qui mal y pense.*

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Auf die Frage: „Was brauchen Sie?“, im Interview mit dem Bonner *General-Anzeiger* am 2. August, stellte Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in Deutschland, freundlich klar: „(...) Langstreckenraketen aus Deutschland würden wir gerne nehmen, auch den Marschflugkörper (MFK) ‚Taurus‘“. Und er hoffe, „die Lieferung von ‚Taurus‘ dauert nicht so lange wie die Panzerdebatte (...)“. Seine Bitte folgte auf die bereits erfolgte Lieferung der MFK ‚Storm Shadow‘ der Briten und der Ankündigung Macrons zur Lieferung des MFK ‚SCALP-EG‘ während des NATO-Gipfels.

Seit Tagen unterstützen Abgeordnete von Grünen und FDP bei dieser Entwicklung auch, den Taurus für die Ukraine zur Verfügung zu stellen. Aus der CDU/CSU wurde diese Maßnahme schon länger gefordert. Geschehen ist aber nichts, weil die Kanzlerpartei erneut auf der Bremse steht. Auch Verteidigungsminister Boris Pistorius – der gerade erst gefordert hat, dass Deutschland an der Spitze der Unterstützung stehen sollte – äußert in Bad Reichenhall bei der Gebirgsjägertruppe: „Der Zeitpunkt für eine Entscheidung ist für uns noch nicht gekommen“, und verweist dann auf die deutsche Kernkompetenz, die bei anderen Waffensystemen liege.

Es zeigt sich erneut, dass bei der Frage militärischer Unterstützung zur Selbstverteidigung der Ukraine für die Zögerer/Verhinderer nicht der Erfolg der ukrainischen Gegenoffensive im Vordergrund steht, sondern – nach einer Aufzählung technischer Hindernisse und aufwendiger Ausbildungserfordernisse – durchklingt, ja ausdrücklich gesagt wird, dass dieses oder jenes Waffensystem bei Russland eine weitere Eskalation bewirken könnte. Auf Nachfrage kommen dann immer wieder die Sorgen vor einem Einsatz von Atomwaffen und vor der Ausweitung des Krieges auf andere (westliche) Staaten. Nach über 18 Monaten brutalem Angriffskrieg müssten eigentlich zwei Punkte einigermaßen klar geworden sein:

1.) Wenn der russische Präsident Wladimir Putin sich entschließt, die Zerstörung der Ukraine mit dem Einsatz „taktischer Atomwaffen“ zu vollenden, entscheidet er sich selbst für den „kinetischen Krieg gegen den Westen“, den er ja mit allen anderen Mitteln bereits angreift. US-Präsident Joe Biden und alle NATO-Staaten können ihn davon nur abhalten, wenn die militärischen und politischen Gegenmaßnahmen für ihn so hoch sind, dass er vom Einsatz der Atomwaffen absieht. Putin darf nicht kalkulieren können, dass er mit einer nuklearen Eskalation den westlichen Zusammenhalt so erschüttert, dass er wesentliche Kriegsziele durchsetzen kann. Also bleibt es entscheidend, dass das von Präsident Biden dreimal wiederholte „don’t, don’t, don’t“ vom letzten Herbst durch erkennbare Maßnahmen der Abschreckung und „Bestrafung“ untermauert wird.

2.) Über all diese Monate haben viele demokratische Staaten ihre militärische Unterstützung nicht am Grundsatz umfassend ausgestatteter ukrainischer Streitkräfte für die Selbstverteidigung ausgerichtet. Sie haben vielmehr jedes Mal, zum Teil ausufernd, erörtert, welche Lieferung eines Waffensystems an die Ukraine wohl einen direkten Angriff Russlands auf eines oder mehrere Lieferländer auslösen könnte. Nachdem die leider zeitlich gestaffelten, ja verzögerten Lieferungen hochmoderner Waffensysteme zu keiner kinetischen Reaktion Putins geführt haben, ist es an der Zeit, dieses Beurteilungskriterium zu überprüfen. Putin hat erkannt, dass die Solidarität der Staaten mit der Ukraine stark ist. Gleichzeitig ist ihm klar geworden, dass seine militärische und politische Lage völlig unhaltbar würde, wenn er neben dem – auch dank des internationalen Zusammenhalts – erfolglosen Vorgehen gegen die Ukraine zusätzlich noch einen anderen Staat kinetisch angreifen würde. Das könnte er nur wagen, wenn er bei einem solchen Vorgehen annehmen könnte, dass die Kohärenz der Allianz zerbricht. Dass diese Annahme trügerisch ist, wenn er seit Kriegsbeginn die Stärkung der Bündnisverteidigung in der NATO beobachtet und ihm auch die Aussagen im Ohr klingen, „dass die Mitglieder der Allianz jeden Zentimeter / Inch ihrer Territorien verteidigen“, dürfte Putin trotz vieler Fehleinschätzungen bei seiner

Aggression deutlich sein. Alle Regierungen und Parlamente sollten Putin durch ihr Auftreten in dieser Risikokalkulation bestärken.

Bei dieser Sachlage ist es schwer, die Hinweise von Dr. Ralf Stegner MdB (SPD) am 3.8.2023 im Deutschlandfunk einzuordnen, wenn er auch bei der ‚Taurus‘-Frage „natürlich die Selbstverteidigung u. a. mit modernen Luftverteidigungssystemen für richtig“ hält, aber dies eben bei weitreichenden Waffen mit dem dadurch bei Putin – aus seiner Sicht – steigenden Eskalationspotential abwägt und verneint. Faktisch bedeutet das, dass ein erwartbarer Erfolg der Ukraine gerade auch mit diesen Waffen **hinter der Sorge für die eigene Sicherheit** zurückstehen muss.

Mit einer solchen Einschätzung bleibt die Frage, ob man wirklich noch an dem Ziel festhalten kann oder will, „dass Russland sich aus der Ukraine zurückziehen muss“, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz mehrfach festgehalten hat. Das ist wohl auch zwei Abgeordneten der SPD aufgefallen. Dr. Nils Schmid MdB und Andreas Schwarz MdB haben sich nun beide für eine Lieferung von Taurus ausgesprochen. Während Schwarz schnelles Handeln verlangt, wartet Schmid aber erneut mit der aus der Panzerdiskussion bekannten Formulierung auf: „nur wenn die USA auch ATACMS bereitstellen“ werden.

Mit der wieder geäußerten Erwartung, ja politischen Forderung, dass die Ukraine keine militärischen Ziele auf dem Territorium Russlands angreift, von denen Einsätze gegen ukrainische Ziele ausgeführt, geführt oder logistisch unterstützt werden, bleibt die Ukraine tatsächlich ständigen Verstärkungen der russischen Streitkräfte ebenso ausgesetzt wie dem wahllosen Raketenhagel auf das ganze Land.

Man muss annehmen, dass Vertreter solcher Forderungen doch einer Einigung mit Russland anhängen, bei der die Ukraine nicht nur territoriale Verluste, sondern auch politische Beschränkungen ihrer Freiheit hinnehmen wird. *Honi soit qui mal y pense.*

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr. 415, 07. August 2023, [defence.pdf \(behoerden-spiegel.de\)](#).

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen